Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
Bezugspreis für Abholer 0,60 Goldmark.
Auch durch d. Post zu beziehen. Preise freibleibend.
Redaktion: Fehlandstraße 11, erster Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Anzeigen-Annahme: Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, erster Stock.

Bezugspreis frei ins Haus vom 2. bis 8. Februar 1924 0,70 Goldmark.
Zahlbar am 2. Februar

Einzelverkaufspreis 15 Pfennig Gold.

Hamburger Echo

Anzeigenpreise verstehen sich in Goldmark: die 13gespalt. Petitzeile 40 Pfg. Private Familien-Anzeigen 20 Pfg. Stellenangebote 25 Pfennig, Stellengesuche 20 Pfg. Kleine Anzeigen bis 9 Zeil. die Zeile 20 Pfg., 10 b. 15 Zeil. 25 Pfg. Reklamez. 2 Mk. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im ersten Stock (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag) in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 33. Sonnabend, den 2. Februar 1924. 38. Jahrgang.

Wer verteidigt noch den Ausnahmezustand?

Alle Landesregierungen haben in den letzten Wochen wiederholt die Reichsregierung um Aufhebung des Ausnahmerechtes ersucht, das einzelnen Militärpersonen diktatorische Gewalt über Angelegenheiten des öffentlichen Lebens verleiht. Aber die Regierung Marx scheint äußerst harthörig gegenüber diesem Verlangen zu sein. Aus welchem Grunde, ist nicht recht ersichtlich. In allen Landesteilen, in denen die wirtschaftliche Not, ausgenutzt durch gewissenlose Propagandisten des Bürgerkrieges, Zustände herbeigeführt hatte, die eine zeitweise Aufhebung gewisser verfassungsmäßiger Freiheiten gerechtfertigt erscheinen ließen, ist jetzt wieder Ruhe eingekehrt. Die leichte Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, die seit der Wiedereinführung wertbeständigen Geldes zu spüren ist, hat allein schon genügt, eine beruhigende Wirkung auf die Gemüter auszuüben. Und wenn heute alle Unternehmerkreise mit den Behörden sich in dem Bestreben vereinigen wollten, allen beschäftigungslosen Arbeitern die Gelegenheit zu verschaffen, sich wieder aus eigener Kraft das tägliche Brot zu verdienen, statt sie auf die Straße zu setzen, so könnte jetzt schon von einer völligen Ueberwindung der schweren Krise, die uns in diesem Winter bedrohte, gesprochen werden. Jedenfalls besteht kein Anlaß mehr, die kommandierenden Reichswehrgenerale in Dinge hineinreden zu lassen, die nicht ihres Amtes sind. Darüber sollten sich heute alle politischen Parteien einig sein. Sie sind es auch — mit einer Ausnahme: die deutschnationale „Volks“partei ist die einzige Partei, die heute noch den Ausnahmezustand verteidigt, sich in der Presse und in den Parlamenten gegen seine Aufhebung wendet. Das muß seine besonderen Gründe haben und es hat sie auch.

In der Zeit der schlimmsten wirtschaftlichen Not, der heillosesten Verwirrung unserer Währungsverhältnisse, in jenen Tagen, wo die Frauen der ärmeren Volksschichten verzweifelt von Geschäft zu Geschäft irrten und nirgends mehr für die Haufen wertlosen Papiergeldes, die sie in Händen trugen, etwas kaufen konnten; in jenen Tagen, wo Hunger und Kälte den darbenden Massen die Besinnung zu rauben drohten, da spielten sich Deutschnationale als Gegner der Ausnahmeverordnungen auf, weil sie damit rechneten, daß ihre Agitation durch das allgemeine Elend nur begünstigt werden könnte und weil sie in der hetzerischen Ausbeutung dieser Zustände nicht gehindert werden wollten. Jetzt aber, da sie sich angesichts der langsam heranziehenden wirtschaftlichen Besserung von dieser Art der Agitation nicht mehr viel versprechen können, sind sie wieder Verteidiger des Ausnahmerechts geworden. Bestärkt werden sie darin allerdings auch durch die Art, wie die Verordnungen des Reichspräsidenten von verschiedenen Reichswehrgeneralen gehandhabt werden. Das ist vielfach ein kaum noch verhülltes deutschnationales Parteiregiment. So berichtet man uns erst heute wieder aus Weimar:

Der Militärbefehlshaber für Thüringen hat eine größere Anzahl von Lehrern, die in ihrer Mehrzahl der kommunistischen, zum Teil der sozialdemokratischen Partei angehören, in Schutzhaft genommen, weil sie sich angeblich in einer Art und Weise betätigt haben sollen, die von ihm als staatsfeindlich angesehen wird. Er hat diese Lehrer dann größtenteils aus der Schutzhaft entlassen, ihnen jedoch jede Tätigkeit in der Schule verboten. Diese Maßregelung wird damit begründet, daß Lehrkräfte mit kommunistischer Gesinnung — selbst, wenn wie sie sich vorläufig nicht kommunistisch betätigen — nicht würdig (!) sind, Lehrer und Erzieher zu sein. Der Militärbefehlshaber hat eine weitere Anzahl von Lehrkräften, die sich beim Einmarsch der Truppen nicht an ihrem Dienstorte befanden, steckbrieflich verfolgen lassen und sie vorläufig ihres Amtes entsetzt. Darunter befinden sich auch solche Lehrer, die von ihrer vorgesetzten Schulbehörde beurlaubt waren.

Der Hauptvorstand der sozialdemokratischen Lehrer hat von diesem ungeheuerlichen, jedem Rechtsempfinden Hohn sprechenden Verfahren mit Entrüstung Kenntnis genommen. Er erhebt gegen diese brutale Vergewaltigung der freien Gesinnung aufrechter Lehrer den allerschärfsten Protest. Der Hauptvorstand fordert den Reichstag auf, von der Reichsregierung zu verlangen, daß sie diese ungeheuerlichen Maßnahmen gegen thüringische Lehrer rückgängig macht.

Was der Militärbefehlshaber für Thüringen, General Hasse, sich hier gegen einen Teil der Lehrerschaft erlaubt, wird aber fast noch übertroffen von der Art, in der er mit der verfassungsmäßigen Regierung Thüringens umspringt. Der General hatte vor einigen Tagen an das thüringische Staatsministerium die Aufforderung gerichtet, alle Verordnungen vor ihrer Verkündung ihm zur Kenntnis zu bringen. Er selbst hat es dagegen nicht für nötig gehalten, die Regierung von seinen Maßnahmen vorher zu unterrichten. Daraus hat sich nun ein förmlicher Krieg zwischen Staatsregierung und Militärbefehlshaber in Thüringen entwickelt, der zwar vorläufig nur mit Feder und Schreibmaschine geführt wird, aber doch die völlige Unhaltbarkeit eines solchen Zustandes erkennen läßt.

Da wir jedenfalls noch nicht so weit sind, daß Reichspräsident und Reichsregierung zugunsten einzelner Militärpersonen abdanken sollen, muß jetzt möglichst rasch reiner Tisch gemacht werden. Die Reichswehr soll nach der Verfassung kein parteipolitisches Machtinstrument sein. So wie heute der Ausnahmezustand von einigen Generalen gehandhabt wird, ist sie auf dem Wege, zum Büttel der deutschnationalen Partei zu werden. Darum hält auch nur diese Partei noch am Ausnahmezustand fest. Will es die Regierung Marx gleichfalls tun, so soll sie sich lieber gleich mit Haut und Haaren der deutschnationalen Partei verschreiben und sich nicht mehr das Ansehen einer Regierung der bürgerlichen Mitte geben. Aber auch der Reichspräsident hat schließlich ein gewichtiges Wort in der Frage des Ausnahmezustandes mitzusprechen. Von ihm in erster Linie erwarten wir, daß er der Mißachtung des Volkswillens, die in der Aufrechterhaltung des Ausnahmerechts liegt, ein Ende macht. Nicht erst im März, wie es angeblich die Reichsregierung beabsichtigt, sondern sofort muß mit dem Abbau der Verordnungen begonnen werden, die aus politischen und wirtschaftlichen Gründen heute völlig sinnlos geworden sind.

Offizielle Anerkennung Sowjetrußlands durch die britische Regierung.

SPD. London, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die britische Regierung hat die russische Sowjetregierung formell anerkannt. Der Vertreter Großbritanniens in Moskau hat dies der russischen Regierung am Freitag mit einer Note notifiziert, die folgenden Wortlaut hat:

„Ich habe die Ehre, auf Anweisung meiner Regierung Eure Exzellenz davon zu unterrichten, daß die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken von ihr als der rechtmäßige Herrscher über diejenigen Territorien des ehemaligen russischen Kaiserreiches förmlich anerkannt wird, die selbst diese Autorität tatsächlich anerkenne. Um jedoch normale Verhältnisse vollständig freundschaftlicher Beziehungen und vollen wirtschaftlichen Verkehr zu schaffen, wird es notwendig sein, endgültig praktische Abkommen über verschiedene Punkte abzuschließen, von denen einige in keinem direkten Zusammmenhang mit der Frage der Anerkennung stehen, andere dagegen auf das engste mit der Tatsache der Anerkennung verknüpft sind. Zu dieser letzten Kategorie gehört unter anderm die Frage der bestehenden Verträge. Die Regierung Seiner Majestät ist der Auffassung, daß die Anerkennung der russischen Sowjetregierung automatisch — entsprechend den anerkannten Reden des Völkerrechtes — alle Verträge wieder in Kraft setzen wird, die zwischen den beiden Ländern vor der russischen Revolution abgeschlossen wurden, mit Ausnahme derer, die gekündigt wurden oder die auf andere Art ihre Rechtskraft verloren haben. Es liegt offenkundig im Interesse beider Länder, daß die Lage hinsichtlich dieser Verträge gleichzeitig mit der Anerkennung geregelt wird. Technisch ohne Zusammenhang mit der Anerkennung, jedoch offenkundig von der größten Wichtigkeit, ist die Regelung der bestehenden Forderungen der Regierungen beziehungsweise ihrer Staatsangehörigen eines Landes gegen die andern sowie die Wiederherstellung des russischen Kredits. Es ist des weiteren offenkundig, daß man nicht wird sagen können, die Beziehungen seien aufrichtig freundschaftlich hergestellt, solange wie die eine Partei Gründe hat, die andere zu verdächtigen, daß sie Propaganda gegen die eigenen Interessen betreibe, und zwar eine Propaganda, die den Umsturz ihrer Einrichtungen bezweckt.

Unter diesen Umständen ersucht die Regierung Seiner Majestät die russische Regierung, zu möglichst frühem Termin Vertreter nach London zu senden, die mit uneingeschränkten Vollmachten versehen sind, um diese Fragen zu besprechen und die vorläufigen Grundlagen eines vollständigen Vertrages zu entwerfen, um alle zwischen den beiden Ländern noch schwebende Fragen zu regeln.

Zu gleicher Zeit bin ich bis zur Ernennung eines Botschafters zum Rang eines Geschäftsführers ernannt worden und beauftragt, zu erklären, daß die Regierung Seiner Majestät sich freuen wird, gleichfalls einen russischen Geschäftsträger als Vertreter der Sowjetunion am Hofe von Saint James zu empfangen.“

*

Die Anerkennung Sowjetrußlands durch die britische Regierung, die mit größter Beschleunigung allen Widerständen zum Trotz durchgeführt wurde, ist ein erster Schritt in der Verwirklichung des außenpolitischen Programms Macdonalds. Es braucht nicht ausdrücklich betont zu werden, daß die Anerkennung der Sowjetregierung kein Verzicht Englands auf seine Ansprüche gegenüber Rußlands bedeutet, sondern den Versuch bei der notorischen Uneintreibbarkeit der Ansprüche in der Gegenwart die beiderseitigen Augenblicks-Interssen zu wahren, die in einer Wiederbelebung des englisch-russischen Handels liegen. Macdonald durfte sich, nach den geringen Wirkungen des englisch-russischen Handelsabkommens, über die unmittelbaren, sofortigen Wirkungen dieser rechtlichen Anerkennung Rußlands keinen Illusionen hingeben. Er weiß, daß nicht sofort eine neue Aera einsetzt oder gar durch den Umfang des russischen Geschäfts alle Fragen der Arbeitslosigkeit mit einem Schlage gelöst werden. Was Macdonald zu seinem Schritt veranlaßt hat, das ist die Ueberzeugung, daß eine Anbahnung wirklicher russisch-englischer Handelsbeziehungen auf lange Sicht nur mit der Grundlage einer rechtlichen beiderseitigen Anerkennung möglich sind, weil nur geregelte diplomatische Beziehungen eine Regelung der Kreditfrage ermöglichen. Nur auf der Basis einer unter Garantien erfolgten Anerkennung Rußlands dürfte sich der englische Kapitalist zu Krediten entschließen. Da die russischen Käufe zunächst nur auf Grund solcher Kredite getätigt werden können, ist also die Kreditfrage der wesentliche Punkt. Indem die Regelung der diplomatischen Beziehungen die Grundlagen für Kredite schafft, bereitet sie sie auch eine zukünftige Belebung der englisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen in ihrem wesentlichsten Punkte vor. Das ist der Sinn der Anerkennung Sowjetrußlands durch England. Bei dem verstärkten Bestreben der Russen, sich in die Weltwirtschaft einzugliedern, und bei der moralischen Bedeutung der Anerkennugn durch England, ist gar nicht daran zu zweifeln, daß sich die Russen den englischen Bedingungen in irgend einer Form unterwerfen werden.

*

Poincares Antwort in London überreicht.

Der französische Botschafter hat dem englischen Ministerpräsidenten am Freitag die Antwort Poincarés überreicht. Wie in politischen Kreisen verlautet, ist sich Ramsay Macdonald noch nicht endgültig darüber schlüssig geworden, ob er den Briefwechsel mit seinem französischen Kollegen jetzt veröffentlichen soll oder nicht. Poincaré kommt in seiner Antwort, obwohl diese in den freundschaftlichsten Formeln abgefaßt ist, den Wünschen und Absichten Macdonalds nicht einmal auf halbem Wege entgegen. Die Antwort Poincarés wird von einer bekannten politischen Persönlichkeit, die den Inhalt der Poincaréschen Antwort genau zu kennen vorgibt, als eine klare Feststellung Frankreichs gekennzeichnet, daß es keineswegs beabsichtige, irgend etwas, was es jetzt bereits fest in der Hand halte, ohne eine produktive Entschädigung aus den Händen zu geben.

Nach einer von Reuter verbreiteten Meldung wird erwartet, daß der Briefwechsel zu einer Begegnung der beiden Premierminister Anlaß gebe.

*

Die Außenpolitik der Sowjetunion.

Auf dem allrussischen Kongreß gab Kamenew einen umfangreichen Bericht über die von der Sowjetregierung betriebene Außenpolitik. Der Wiederaufbau der Weltwirtschaft sei ohne die Mitarbeit der 130 Millionen Menschen Sowjetrußlands unmöglich und der Versailler Friedensvertrag sei zusammengebrochen infolge der Unmöglichkeit, die europäische Wirtschaft in ihren Grundlagen wiederherzustellen.

Von der Regierung Macdonald erwarte die Sowjetregierung die von den englischen Arbeitern geforderte volle und unbedingte Anerkennung Sowjetrußlands. Die Sowjetregierung habe England bereits erklärt, daß sie nach der Anerkennung bereit sei, eine gemischte englisch-russische Kommission zur Lösung strittiger wirtschaftlicher Fragen ins Leben zu rufen.

Mit Beifall begrüßte der Kongreß die Mitteilung Kamenews über den erfolgreichen Fortgang der russisch-italienischen Verhandlungen und die bevorstehende Möglichkeit der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den beiden Ländern.

Frankreich gegenüber bestehe die volle Bereitwilligkeit der Sowjetregierung zur geschäftlichen Erörterung noch ungelöster wirtschaftlicher Fragen, trotzdem die Regierung gezwungen gewesen sei, einen Teil der Handelsvertretungen aus Frankreich nach England zu verlegen. Selbstverständlich werde die russische Regierung es vorziehen, sich mit solchen Ländern in Handelsbeziehungen einzulassen, die Sowjetrußland gerecht werden und die Grundsätze der Sowjetregierung anerkennen. Die Festigung freundschaftlicher Beziehungen und wirtschaftlicher Verbindungen mit Deutschland bilde eine der Grundlagen der Politik der Sowjetregierung. Das Schicksal Deutschlands und Sowjetrußlands sei eng verbunden. Der Marsch französischer Truppen auf den Schultern einer siegreichen deutschen Gegenrevolution ins Innere Deutschlands würde die Erschütterung der Grundlagen des Gleichgewichtes der Weltlage bedeuten, auf der sich die Sowjetrepublik aufbaue. Die Sowjetregierung habe ihre Friedensliebe auch dadurch bekundet, daß sie mit den Grenzstaaten Verhandlungen gepflogen hat über Nichteinmischung in deutsche Angelegenheiten.

Schließlich stellte Kamenew für die auswärtige Politik Sowjetrußlands folgende Grundsätze auf: freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern, brüderliches Mitgefühl mit den unterdrückten Völkern, geschäftliche, friedliche Beziehungen zu allen Regierungen.

Reichspost und Reichsbahn.

Zu der Sache, die wir gestern kritisch erörterten, verbreitet Wolff Mitteilungen, allerdings in einem Deutsch, das Rätsel aufgibt. Ein Gesetz, das die Reichsbahn in ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen umwandelt, werde vorbereitet. Die neue Betriebsform solle die Haushaltsgebarung der Reichsbahn freier gestalten und die Aufnahme eigener Kredite ermöglichen. Da es sich um die Aenderung einer verfassungsrechtlichen Bestimmung handelt, könne die Verwaltungsregelung nur durch Reichsgesetz erfolgen. Keineswegs sei beabsichtigt, der Privatisierung des Reiches die Wege zu ebnen, es sei vielmehr die feste Absicht der Reichsregierung, die Reichsbahn im Besitz des Reiches zu erhalten und unter der Kontrolle der parlamentarischen Körperschaften zu belassen.

Die Mitteilung fährt fort: „Im Gegensatz zu der Notverordnung über die Reichsbahn wird im Reichspostfinanzministerium sofort auf eine endgültige Regelung gedrungen werden. Die entsprechende Vorlage soll bereits dieser Tage dem Reichsrat zugehen. Das Gesetz erstrebt ebenfalls die finanzielle Selbständigmachung der Post- und Telegraphenverwaltung. Von dem Vermögen des Reiches soll ein Sondervermögen abgeführt werden, das durch eine Sonderverwaltung verwaltet werden soll, wobei jedoch keineswegs an die Gründung einer A.-G. oder die Privatisierung der Reichspost gedacht ist. Zwischen der Reichspostverwaltung und der Reichsfinanzverwaltung wird auch weiterhin eine ziemlich enge Zusammenarbeit bestehen. Der Reichspostminister bleibt dem Reichstag nach wie vor in vollem Umfange verantwortlich. Dagegen soll für die gesamte Gebührenpolitik nicht mehr der Reichstag, sondern der Verwaltungsrat zuständig sein. Dieser wird etwa 25 Mitglieder aus den verschiedenen Zweigen des Wirtschaftslebens sowie Vertreter der Beamtenschaft und des Reichsfinanzministeriums enthalten. Nach Schaffung des Verwaltungsrates wird der zurzeit bestehende Verkehrsbeirat aufgehoben werden. In einem besonderen Passus wird das Reich ermächtigt, mit Bayern und Württemberg, die an das Reich noch gewisse Forderungen zu stellen haben, alles weitere zu veranlassen. Eine endgültige Vereinbarung konnte noch nicht getroffen werden, doch kann von einem Wiederaufleben des Reservatrechtes keine Rede sein. Im Reichspostministerium neigt man, wie versichert wird, dazu, die noch schwebenden Fragen mit den genannten Staaten durch die Schaffung eines Miteigentumrechts zwischen dem Reiche und Bayern bezw. Württemberg zu regeln.“

Wir halten für selbstverständlich, daß der Reichstag auch mit Bezug auf die Post sein Bestimmungsrecht behauptet. Es wäre ein ganz schlimmer Mißbrauch des übrigens nächstens ablaufenden Ermächtigungsgesetzes, wenn es benutzt wird, die Volksvertretung in dieser Sache auszuschalten.

*

Ein seltsames Mißverständnis des Sozialisierungsbegriffs ist in dieser Sache einem Teil der bürgerlichen Presse unterlaufen. So sagt das Hamburger „8 Uhr-Abendblatt“ zu den Umstellungsplänen:

> Jedenfalls hat dabei eine Entwicklung ihr Ende gefunden, die während der Revolutionszeit einsetzte und alles Heil in der Sozialisierung suchte. Genau das Gegenteil ist eingetreten. Das Reich gibt seine alten Betriebe, die es seit vielen Jahrzehnten verwaltete, aus der eigenen Regie.

In diesen Sätzen drückt sich eine rein formalistische Auffassung aus. Der Schreiber setzt Verstaatlichung gleich mit Sozialisierung. Das ist es aber keineswegs. Als dem Sozialisierungsbegriff voll entsprechend hat noch kein Sozialist die Reichseisenbahn und Reichspost angesehen. Auf der ersten Reichskonferenz der Eisenbahn-Betriebsräte im März 1919 verlangte der sozialdemokratische Referent Wittrisch die Schaffung einer Verkehrsgesellschaft, in die alle zu monopolistischem Betrieb geeigneten Verkehrsunternehmungen aufgehen sollten, z. B. Eisenbahn, Post, Flugpost usw. Eigentümer sollte das Reich sein, die Verwaltung aber sollte für zu bildende Verkehrsprovinzen und für das Gesamtunternehmen durch Vertreter der sozialen Organisationen und Vertreter der Bediensteten erfolgen bezw. kontrolliert werden. Aehnliche Vorschläge hat die Sozialisierungskommission gemacht. Die jetzt auftauchenden Pläne sind diesen alten Vorschlägen nachgebildet; freilich wird dabei der soziale Inhalt stark verdünnt und dafür die Stellung der Verwaltungsbureaukratie gekräftigt.

Sozialisieren bedeutet nicht schlankweg verstaatlichen, sondern es bedeutet: Der Betrieb soll unter der Bestimmungsgewalt der Gesellschaft so geführt werden, daß das Wohl der Gesamtheit und der Vorteil der Betriebsbeschäftigten gleichmäßig gewahrt werden, und zwar durch eine rationelle Betriebsführung.

Schwere Erkrankung Wilsons.

WTB. Washington, 1. Februar. Nach einem hier veröffentlichten ärztlichen Bericht hat das Befinden Wilsons nach einer schlaflosen Nacht eine Wendung zum Schlimmeren genommen. Die Kräfte schwinden. Der Zustand ist sehr ernst.

Das Wirtshaus zur Kapelle.

Roman von Gustav Schröer.

[30]

Die Deutung machte nicht die kleinsten Schwierigkeiten, wuchs von selber auf, und die Wiedergabe des Gleichnisses war ein eigenes, lebendiges, freudiges Schaffen.

Es war kirchenstill und feierlich, Adolf Schmidt säte, und wenn er in der Nähe war, dann rauschten die Saatkörner leise zur Erde nieder, verfolgt von den aufmerksamen Kinderaugen, die in dem Hilgendorfer Bauern den Mann sahen, der dem göttlichen Nazarener das Gleichnis ins Herz gegeben hatte. Unter den hohen Fichten am Hange aber stand ein alter Herr, dem es ganz warm unter der Weste geworden war, fuhr mit dem Finger nach den Augen und dachte: Weiß Gott, ich tauschte mit dem Jungen dort!

Die Kinder hatten ihre Lehrbücher und ihre Tafeln auf den Knien liegen. Gerhard Saßner trug den Größeren auf, etwas von dem See Genezareth zu schreiben und von dem Weizenacker, der am Wege lag. Er nahm sich der Kleinen an, rief dies und jenes zu sich heran und ließ sich aus den Büchern etliche Zeilen vorlesen.

Schulrat Heinrichs war ganz sachte näher getreten, hatte seinen Hut gegen den Lehrer, der ihn nicht kannte, da er aus einem andern Regierungsbezirke kam, gelüftet und sah den Kindern über die Schultern auf die Tafeln.

Darauf ließ Saßner die Größeren rechnen, und wieder wuchsen seine Aufgaben förmlich aus der Erde. Wieviel wohl Bauer Schmidt säe, wieviel er ernte, wie hoch er also seine Arbeit bewerten könne. Dann: Am Wegrain stand ein Apfelbaum, von dem Saßner wußte, daß er Adolf Schmidt in der Separation zugesprochen und von ihm bezahlt worden war.

Er rief über das Feld: „Nachbar Schmidt, wie hoch ist Ihnen der Apfelbaum angerechnet worden?“

„Dreihundert Mark,“ gab der Gefragte zurück.

„Kinder,“ sagte Saßner, „das ist viel Geld, was? Wieviel hat der Baum wohl voriges Jahr getragen?“

„Drei Zentner,“ antwortete Adolf Schmidts Junge.

„Und im vorhergehenden?“

„Zwei.“

„Ich schätze, dieses Jahr trägt er wieder drei.“

Daraus ergab sich eine Aufgabe, an der alle rechnen konnten. Wieviel in drei Jahren zusammen? die Kleinen. Wieviel im Durchschnitt? Die Mittleren. Wieviel Einnahme im Jahre? Das ist die Verzinsung welches Kapitals? Wieviel war der Baum wert? Wieviel Prozent sind dem Bauern, weil man das Alter des Baumes und Zufälle, denen er erliegen konnte, Sturm und Blitzschlag, einschätzte, erlassen worden?

So ging es von Fach zu Fach einen ganzen Vormittag lang. In den Pausen wurde gespielt, und das Lachen flatterte mit den Schmetterlingen um die Wette.

Förster Johannsen war herangekommen, hatte den Schulrat erkannt und ihm einen bösen Blick zugeworfen. Als die Schar heimwärts ging, kam die Rede auch auf die Spinnen, die ihre Netze zwischen die Disteln gehängt hatten. Nachdem Saßner allerlei über das Leben der Tiere gesagt, nahm Johannsen das Wort.

„Kinder,“ sagte er, wißt Ihr, wie niederträchtig die Spinne ist? Nein? Ich will Euch mal eins sagen: Jedes Spinnenweibchen macht seinen Mann tot. Abscheulich, was? Aber so ist es nun einmal in der Natur. Wenn Ihr mich fragt, warum das so ist, dann kann ich Euch das auch nicht sagen. Aber macht die Augen auf. Ueberall ein unbarmherziges Kämpfen, und bei den Menschen ist es nicht viel anders. Nicht, daß einer den andern auffrißt bei lebendigem Leibe, aber es ist ein Kampf, und wer sich nicht wehrt, den treten sie unter die Füße. Tut niemand Uebles, aber wenn Euch einer an den Kragen will, dann kommt ihm zuvor. — Na, Kinder, nun singt mal noch ein schönes Lied.“

Ein Mädchen stimmte an: „Der Mai ist gekommen.“

„Ist zwar vorbei,“ sagte Johannsen zu Saßner, „macht aber nichts aus. Es kommt aus dem Herzen, und darin ist's den Kindern wie Mai. — Herr Saßner, ich gehe mit in die Schule. Der hinter uns kommt und Ihnen jedenfalls schon den halben Vormittag zugehört hat, ist der Schulrat Heinrichs. Ich denke, wir werden ein deutsches Wort miteinander reden.“

Sie redeten ein deutsches Wort, das heißt, Johannsen redete es. Er langte all seinen Groll mit beiden Händen aus dem Herzen heraus, bis kein Krümelchen mehr darin war, aber der Schulrat dachte gar nicht daran, seine Lehrer zu verklagen. Als ihm Johannsen erzählte, wo die verborgenen Wurzeln der Giftkräuter lagen, den Vorsteher einen Schubjack und Adam Süßengut einen dummen, niederträchtigen Nickel nannte, da reichte Schulrat Heinrichs dem zitternden Wagner und dem aufrechten, freimütigen Saßner die Hand. Nun wisse er, wie alles hange und lange und werde die Zuschriften, die etwa noch einliefen, in den Papierkorb werfen. Er legte Wagner die Hand auf die Schulter: „Herr Wagner, wir sind miteinander jung gewesen und sind miteinander alt geworden. Ich habe Ihnen nicht mißtraut, aber ich mußte doch einmal zum Rechten sehen. Nun ist alles gut. Betrügen Sie sich nicht selber um den Segen Ihrer langen Dienstzeit. Sie sollen einmal nicht mit Verbitterung aus dem Amte scheiden. — Ruhe, Vater Wagner, Ruhe. Ihre Nerven sind reichlich weit herunter, und wenn Sie längeren Urlaub haben wollen, dann schreiben Sie mir. — Guten Tag, meine Herren. Herr Saßner, Sie haben mir einen schönen Vormittag bereitet, und ich danke Ihnen.“

Die freundlichen Worte des Schulrates waren für den alten Lehrer eine wahre Erlösung. Für den Augenblick, ja für Tage vergaß er alle Sorgen, lachte, war witzig wie in den besten Zeiten, glaubte wieder an das Gute in den Menschen und hätte am liebsten vor lauter Eifer gleich wieder angefangen zu unterrichten. Johannsen goß ihm Wasser in den Wein.

„Hermann,“ sagte er, „ein merkwürdiger Mensch bleibst Du. Freust Dich über das Selbstverständliche wie ein Kind und läßt Dich wiederum vom Selbstverständlichen aus dem Geleise werfen. Richtig was Kindliches wirst Du doch immer behalten. — — Du kannst doch von einem Düngerhaufen nicht verlangen, daß er nicht stinkt, oder von einer Tollkirsche, daß sie nicht giftig ist. — Demut ist eine Sache, mit der man nicht Mißbrauch treiben soll. — Nein, mein Alter, feste auftreten, in Langsamkeit gehn. Sollst mal sehn, was das noch in Hilgendorf lustig wird. Das jetzt mit der Schule, das ist ein kurzer Uebergang. Die zwei, die sich heute an Euch die Stiefel abwischen, die kriegen noch reichlich genug miteinander zu tun. — — Ich würde an Deiner Stelle längst mal zu Adam Süßengut hinausgegangen sein. Du sollst mal sehn, wie der sich freut.“

Dazu überwand sich Lehrer Wagner in seiner schlichten Ehrlichkeit nicht. Förster Johannsen aber nahm die Gelegenheit um so öfter wahr.

Es knitterte nur so in seinem Gesicht, wenn er mit Süßengut sprach.

Johannsen stand mit dem künftigen Wirte in der leeren, kahlen, großen Gaststube.

„Süßengut,“ sagte er, „da muß Schmiß rein. Am Schmiß liegt's. Gemütlich muß die Bude werden. Rund herum Vertäfelung, am besten Eiche, ein Meter achtzig hoch, mit Bordbrettern und darauf blanke Krüge und Flaschen und Kannen. In die beiden Ecken gehören Rundsofas mit schwarzem Glanzleder und guten Sprungfedern. Wer da drauf sitzt, darf gar nicht wieder hochkommen. Dahin muß ein grüner Kachelofen mit einem muschelartigen Aufsatz. Wissen Sie, da hab' ich was los. Da können Sie sich ganz auf mich verlassen.“

Als Johannsen gegangen war, zog Süßengut sein Notizbuch und schrieb auf: Eichene Vertäfelung, ein Meter achtzig hoch, Bordbretter, Kachelofen, und drei Wochen später hatte der Förster die Freude, die Handwerker schon an der Arbeit zu sehen.

Vorsteher Weiße aber fuhr Süßengut über den Kopf drein. „Eichene Vertäfelung? Nimm Kiefer, kostet nicht halb soviel, sieht geradeso gut aus und ist dauerhafter. Und Rundsofas? Das ist den Hilgendorfern egal, wie sie sitzen, schaff' ordentliche handfeste Stühle an, aber sorge hernach dafür, das was Richtiges für den Magen da ist. So kriegst Du die Leute. Einen Kachelofen willst Du dahersetzen? Ist das Dümmste, was Du machen kannst. Ich hab' meinen wieder aus der Stube geworfen. Setz' einen eiserne hin, ordentlich eine breite Wasserpfanne daran, daß Du im Winte die Bierwärmer füllen kannst.“

So waren sie hintereinander her, der Förster und Vorsteher Weiße, keiner wußte vom andern in der Sache, aber die Oberhand behielt Johannsen.

Süßenguts Frau stand trotzig zur Seite. Sie gab ihrem Manne kein gutes Wort und rührte bei dem Bau keine Hand an, duldete auch nicht, daß ihr Mädel mit dem Vater zusammen Pläne schmiedete, aber wenn die Mutter aus dem Hause ging, dann hockten die zwei zusammen. — —

Mutter Kolbe war besorgt gewesen, als sie von der Entstehung eines zweiten Gasthauses gehört hatte.

„Hans,“ sagte sie zu Wohlgemut, „ich hätte doch verkaufen sollen. Nun wird das bißchen Verkehr, das ich noch habe, ganz nachlassen, und die Kapelle wird immer minderwertiger. Auf meine alten Tage kann ich keinen Wettlauf mehr mitmachen, zumal nicht mit dem Süßengut.“

(Fortsetzung folgt.)